

## **7. Energie-Effizienz-Netzwerktreffen, 21. November 2019**

### **„Wasserstofftechnologien – Entwicklung und Perspektiven“**

#### **Workshop 3**

#### **Rechtlicher Gestaltungsbedarf bei der Nutzung alternativer Kraftstoffe**

Moderation: Dr. Tobias Eckardt Ahlers & Vogel Rechtsanwälte PartG mbB

Zielsetzung des Workshops war es, mit den Teilnehmern herauszuarbeiten, an welchen Stellschrauben des Privatrechts eine Anpassung notwendig ist, um rechtssicher alternative Kraftstoffe zu nutzen. Ausgangspunkt hierzu war, aufbauend auf den Ausführungen zum Gestaltungsbedarf bei Charter-Parties, die Nutzung auf Schiffen.

Hinsichtlich dieses Themas kristallisierte sich die Schwierigkeit heraus, dass bisher keine europäische Norm für den Wasserstoff als Treibstoff etabliert ist. Möglich erschien den Teilnehmern ein Rückgriff auf die Vorgaben der Society of American Engineers (SAE), die mit der Norm J 2719\_201511 einen Standard für Wasserstoff in der Nutzung von PEM-Brennstoffzellen etabliert haben. Hinsichtlich der daraus folgenden Ansätze für die Vertragsgestaltung bestand Einigkeit, dass eine Regelung zur näheren Beschreibung der Treibstoffqualität in entsprechende Vereinbarungen wie Kaufverträge über Wasserstoff bzw. Charterparties aufzunehmen wäre. Insbesondere wurde ein Abstellen auf den Wobbe-Index angeregt.

Weiter diskutiert wurde die Frage der Probeentnahme bei Anlieferung des Wasserstoffs bzw. des LNG. Einigkeit herrschte darin, dass eine Probeentnahme sich bei beiden Stoffen in flüssigem Aggregatzustand schwierig gestaltet. Hinsichtlich des Wasserstoffs dürfte die Möglichkeit der Kontamination mit Fremdstoffen jedoch dadurch gemindert werden, dass diese sich bei den extrem niedrigen Temperaturen bereits zuvor verfestigt hätten, so dass hierdurch ein gewisses Maß an Reinheit sichergestellt sei.

Die erarbeitete Lösung lag darin, entweder die Probe aus einem verdampften Teil zu nehmen (was aber wiederum die Gefahr einer Veränderung der Zusammensetzung mit sich brächte) oder nur von etablierten und vertrauenswürdigen Lieferanten zu kaufen.

Ein weiteres zentrales Thema war die rechtliche Unsicherheit um die Behandlung der EEG-Umlage sowie der Stromsteuer im Hinblick auf verschiedene Kombinationen von Strom zu Gas, Gas zu Strom sowie der Einspeisung von aus der Gasproduktion „übriggebliebenem“ Strom in das Stromnetz. Berichtet wurde von der wenig kooperativen Herangehensweise der Zollbehörden in solchen Konstellationen. Diskutiert wurden verschiedene Möglichkeiten, die Behörden zu einem Vorgehen mit Augenmaß zu bewegen. Schlussendlich gelangten wir zu dem Ergebnis, dass mit den Möglichkeiten der Vertragsgestaltung hier wenig erreicht werden kann.

Weiter wurden die in der Präsentation vorgestellten Initiativen der internationalen Banken hinsichtlich der Poseidon Principles bzw. der UNIDROIT Principles on Responsible Banking diskutiert. Der Grundtenor hier war, dass es unwahrscheinlich erschien, eine Bank auf Grundlage dieser Prinzipien zu einer Finanzierung zu bewegen, die sie nicht auch ohne diese Prinzipien übernommen hätte. Mit anderen Worten: Die Vermutung ging dahin, dass die genannten Institute sich bei der Frage der Finanzierung weiterhin primär von wirtschaftlichen und nur auf nachgelagerter Ebene von umweltrechtlichen Themen würden leiten lassen.